

## BESPRECHUNGEN

### POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

Rzepka, Vincent. *Die Ordnung der Transparenz. Jeremy Bentham und die Genealogie einer demokratischen Norm. Studien zur visuellen Politik. Band 9.* Berlin. LIT-Verlag 2013. 150 Seiten. 24,90 €.

Am Beginn seiner Dissertation teilte Foucault düster mit, zum Ende des Mittelalters mochte die Pest verschwunden sein. Was indes von ihr geblieben sei, war die über Jahrhunderte gegen sie etablierte Seuchenbekämpfungsinfrastruktur; ein riesiges System der Abschottung, ein nun nutzloses Netzwerk der Selektion auf der Suche nach einem Zweck. Passgenau fand sich der „Wahnsinn“. Er wurde neuer Bewohner der alten Struktur, funktionale Urzelle gesellschaftlicher Disziplinarformate und damit zum Lebensthema Foucaults, der später Gefängnisse, Kasernen, Schulen und viele andere mehr untersuchen und deren Einheitsprinzip „Panoptizmus“ nennen wird – nach Jeremy Bentham's Erziehungsarchitektur des Panoptikums. Da das „Kontrollhaus“ auf eine Überwachung äußerlich freier Gesellschaften zielte, gilt Bentham's Moralphilosophie heute als typischer Ausdruck des liberalistischen Paternalismus des 19. Jahrhunderts. Und angesichts von Facebook, NSA und Co erweist sich die Sache längst nicht als ausgestanden. Der Matthes & Seitz-Verlag etwa brachte unlängst eine feine Bentham-Edition vom Panoptikum heraus, ergänzt um ein älteres Gespräch mit

Foucault, der abschließend fragte: Angenommen, die „Gefangenen“ übernahmen „das panoptische Dispositiv“ und „setzen sich in den [zentralen Überwachungs-]Turm, glauben Sie denn, dass das viel besser wäre als mit den Überwachern?“.

In mehrfacher Hinsicht ist es eine Inversion dieses panoptischen Dispositivs, der sich *Vincent Rzepkas* Studie zur „Ordnung der Transparenz“ annimmt, „einer demokratischen Norm“, die sich, so der Untertitel, von Bentham's Arbeiten her als „Genealogie“ fassen lasse. Nun freilich war es nicht mehr der Ausgang eines dunklen Mittelalters, sondern der Anbruch der bürgerlichen Aufklärung, deren Bewusstsein von „Kontingenz“ eine Öffentlichkeitspolitik der „Transparenz“ hervorbrachte, so wie die Frühe Neuzeit ihre Abschottungspolitik gegenüber dem selbstevidenten „Wahnsinn“ generiert hatte. So konnte „Transparenz“ zu einem „Beutebegriff“ (Gehlen) werden: einer Eigenrichtigkeit reklamierenden politische Forderung, die sich gegen ihre systematische Versachlichung ver wahrt.

Umso mehr hält *Rzepka* eine „ideengeschichtliche Aufarbeitung der demokratischen Transparenznorm“ (9) für nötig, da jene sich „nicht nur als Generator einer politischen Theorie, sondern auch als eine rhetorische Strategie im Dienste einer bürgerlichen Mittelschicht“ (8) erwiesen habe. „Transparenz“ interessiert *Rzepka* als „Metapher“ (8), als „politisches Schlagwort“ und „universelle Forderung“, die einerseits psychopolitisch normativ auf „Wiedergewinnung von Vertrauen in die Politik“ hofft und andererseits institutionell antikorrumpierend wirken will (7).

Dafür plausibilisiert das erste von insgesamt drei Kapiteln in Anlehnung an Koselecks „Kritik und Krise“ wesentliche Umbrüche zwischen Spätabsolutismus und Frühmoderne, etwa die „Scheidung von Politik und Gewissen“ (13), die Genese des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums, den neuen Empirismus und anderes mehr. Das zweite Kapitel zeichnet nach, wie die „unpolitischen Vorläufer“ des Transparenzbegriffs von Voltaire (der Newtons „Opticks“ übersetzt) über Rousseau bis Kant politisiert werden. Bevor ein Resümee das Buch beschließt, widmet sich das dritte Kapitel Bentham. Bei ihm erst entfalte der Transparenzbegriff eine Polysemie im Übergang vom „Hören“ zum „Sehen“ (73).

Dabei spätestens hätte man sich Erläuterungen zum nicht minder ubiquitären Begriff der „Reflexion“ (beispielsweise 17, 103) gewünscht, da dieser die optische und die deliberative Dimension integriert. Gleichermaßen gilt für die von Rzepka zwar als aufgeklärtes Säkularisierungsprodukt erkannte (83), nicht aber als irrwitzige Resakralisierung hinterfragte Apotheose, mit der das vordem göttliche (und im Titelkupfer des Hobbes'schen „Leviathan“ bewusst abgeschnittene) „All-seeing-eye“ im Frontispiz Benthams zum panoptischen Big Brother im Zentrum eines durchweg privatwirtschaftlich profitabilitätseifrigen Sichtbarkeitsterrors mutiert. Überhaupt kann man fragen, ob Benthams Architekturprogramm der wechselseitigen Sichtbarkeit vom Gefängnismittelpunkt bis zur Parlamentsbühne tatsächlich so modern ist, wie Rzepkas Bentham meint (106), denn schon das griechische Theater war baulich als Agora-Parlament ganz auf den Visus der Anwesenden zugeschnitten.

Doch sind das Glossen. Denn unter Rekurs auf Benthams „Demokratietheorie“ vermag Rzepka aufzuzeigen, dass die Durchsetzung der Transparenznorm ein politischer Kampf war, der nicht der Gouvernementalität von sozialer Abweichung galt, mithin nicht der Repression von Schwachen, sondern der misstruiischen Kontrolle veralteter, indes noch nicht abgestorbener Rudimente des Ancien Régime. Der „soziale[n] Trägerschicht eines sich entfaltenden Transparenzbegriffs“ (unter anderem 63) diente dieser zur Etablierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit – zwecks Artikulation, Filterung und Verfeinerung von politischen Informationen. Die Stärkung der Unterscheidungsfähigkeit des informationsbedürftigen Staates setzte voraus, dass er seine Bürger anhörte, Artikulationsverstand forderte und Urteilskompetenz förderte (95f.). Hier verwahrt sich die Norm der „Transparenz“ geradewegs gegen manche Wahrheitspostulate der „Publizität“ und balanciert deren irrtumsanfällige Einfalt durch die Vielfalt liberal artikulierter Interessen. Diese Funktion wird besonders charmant vorgeführt, wenn Rzepka den Utilitarismus im von Bentham geforderten Unterhaltungswert des Politiktheaters entdeckt: die Inszenierung des Politischen müsse das Massenbedürfnis nach „Amusement“ berücksichtigen (97).

Insofern versteht sich auch Rzepkas Kritik an der einseitigen Rezeption Benthams durch und mit Foucault (beispielsweise 77). „Das Parlament“, zitiert Rzepka etwa Peter Niesen, „ist ein Glaspalast, kein Gefängnis“ (96). Doch bleibt die Frage offen, warum die Transparenzforderung nach der Etablierung bürgerlicher Sekurität weiter expandierte, die außerpolitische Welt infiltrierte und nunmehr liberale Errun-

genschaften wie die Privatheit in übergriffiger Weise zerstört. Hier bleibt, ausgehend von Rzepkas ideenpolitischer und historisch-semantologischer Studie, weiterzufragen, ob ein kapitalismusaffiner Überwachungsstaat und eine liberalpaternalistische Transparenzgesellschaft nicht doch ähnlich harmonieren, wie Bentham es beworben hatte.

*Sebastian Huhnholz*

Fischer, Frank und Herbert Gottweis (Hrsg.). *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Durham und London. Duke University Press 2012. 392 Seiten. 29,00 €.

1993 wies ein von *Frank Fischer* und John Forester herausgegebener Band auf die Defizite einer einseitig ökonomisch-analytisch orientierten Policyforschung hin. Ob die damals proklamierte „Wende“ in der Policyforschung tatsächlich stattgefunden hat, dürften empirisch-analytische Policyforscher bestreiten, unbestreitbar aber hat sich ein interpretativ-argumentativ ausgerichtetes Paradigma als ernst zu nehmende Alternative etabliert. Mit dem jetzt erschienenen Band wollen *Frank Fischer* und *Herbert Gottweis* als Herausgeber nach 20 Jahren eine Beinstaufnahme vornehmen und das Feld der argumentativen Policyforschung abstecken.

Schon die Einleitung, die sie dem Band voranstellen, macht jedoch die Probleme einer Forschung deutlich, die einen wissenschaftstheoretischen Konstruktivismus mit einer induktiven Methodologie und starken normativen Prämissen verbinden will. Als Gegner werden neben Rational Choice-Theoretikern

die Ökonomie als ganze Disziplin, eine methodisch quantitativ oder auch qualitativ analytische Forschung sowie die „technokratischen Planer“ ausgemacht. Diesen werden nicht nur relativ unterschiedlos Erklärungsdefizite diagnostiziert, sie werden in einer sehr polemischen Passage auch gleich für die Katastrophe von Fukushima, die Finanzkrise und den Irakkrieg mitverantwortlich gemacht. Das Lagerdenken, das an dieser Stelle zum Ausdruck kommt, macht zum einen deutlich, dass sich die argumentative Forschung, anders als die Rede von einer entsprechenden „Wende“ vermuten lässt, immer noch in der Defensive befindet. Noch bedauerlicher aber ist, dass der zweifellos fruchtbare Blick auf kommunikative Praktiken und diskursive Prozesse in Entscheidungs- und Planungsprozessen nicht als Komplement einer analytischen Herangehensweise, sondern als grundsätzliche Alternative präsentiert wird. Damit stellt sich der Sammelband als Ergebnis eines Selbstverständigungsprozesses dar, das in erster Linie an Angehörige des eigenen Lagers adressiert ist und weniger als ein Gesprächsangebot an analytische Theoretiker zu verstehen ist.

Obwohl jedem der Kapitel eine Einordnung in Bezug auf den „argumentative turn“ vorangestellt ist, machen die einzelnen Beiträge deutlich, dass das in der Einleitung abgesteckte Feld weniger homogen ist als unterstellt wird. Der Beitrag von *John Dryzek* und *Carolin Hendricks* nimmt die augenscheinliche Wahlverwandtschaft zwischen argumentativer Policyforschung und deliberativen Demokratietheorien in den Blick, zeigt dabei aber in von den Autoren wohl nicht intendierter Weise auch, dass diese Wahlverwandtschaft in erster Linie auf einem geteil-